

1792/J XXI.GP
Eingelangt am: 26-01-2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Parnigoni
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Struktur - und Aufgabenreform

Mit einem für die Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport gefertigten Schreiben vom 29. Dezember 2000 wurde das Bundesministerium für Inneres aufgefordert, zu Vorschlägen zur Struktur - und Aufgabenreform im Innenressort Stellung zu nehmen. Diese Vorschläge sehen nicht nur eine völlige Beseitigung der Sicherheitsdirektionen, sondern auch die sehr weitgehende Auflösung aller Polizeidirektionen vor, die nur noch für den Bereich der Sicherheitspolizei zuständig sein sollen. Eine Reduzierung auf alleine diese Verwaltungsmaterie würden die Existenz von Bundespolizeidirektionen nicht rechtfertigen. Vorgeschlagen wird weiters auch, die Bundesbehörden in den Ländern grundsätzlich zu beseitigen. Die vorgeschlagene Übertragung der Behördenkompetenzen der Polizeidirektionen an die Bezirksverwaltungsbehörde ist in Zusammenhang mit der beabsichtigten Beseitigung der mittelbaren Bundesverwaltung zu sehen und würde den Fortbestand eines Bundesministeriums für Inneres erübrigen.

Es versteht sich von selbst, dass diese Vorschläge zu einer starken Verunsicherung der MitarbeiterInnen Ihres Ressorts führen. Darüber hinaus würde jedoch eine solche Zerschlagung der österreichischen Sicherheitsexekutive den hohen Sicherheitsstandard in unserem Lande bedrohen. Bei allem Verständnis für notwendige Sparsamkeit sollte jedoch die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsverwaltung nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie die im Schreiben der Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport vom 29.12.2000 Vorschläge zur Struktur - und Aufgabenreform?
2. Können Sie zusagen, dass es in der laufenden Legislaturperiode nicht zu einer Auflösung der Sicherheitsdirektionen kommen wird?
3. Können Sie zusagen, dass die Bundespolizeidirektionen für den Bereich der Sicherheitsverwaltung über die Sicherheitspolizei hinaus in dieser Legislaturperiode zuständig bleiben?
4. Welche Maßnahmen werden Sie zugunsten der Beibehaltung von Bundesbehörden in Ihrem Ressortbereich ergreifen?
5. Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um der bestehenden Verunsicherung bei den BeamtInnen Ihres Ressorts entgegenzuwirken?